

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich möchte zu Beginn unserer Haushaltsrede an eine ganz einfache Regel erinnern. Sie lautet:

Niemand, weder Staaten, noch Bundesländer, noch Kommunen, noch Private können auf Dauer mehr ausgeben als sie einnehmen.

Weingarten leidet an einem strukturellen Defizit. Die laufenden Einnahmen reichen nicht aus, um alle Ausgaben und die Abschreibungen für das Gemeindevermögen zu decken.

Finanzpolitische Großwetterlage

Die astronomische Höhe von über 25.000 € pro Kopf- Verschuldung in Deutschland zeigt, wie wenig zukunftsorientiert Politik gemacht wird. Es ist immer leichter, Wohltaten zu verteilen, als den Bürgern die wahre Situation aufzuzeigen und Abstriche zu machen. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn in einer wirtschaftlichen Hochphase, wie wir sie derzeit haben, von der Bundesregierung 26 Milliarden Neuschulden aufgenommen werden und gleichzeitig zumindest bis vor kurzem von Steuererleichterungen geredet wird. Erfreulich ist es, wenn die neue Landesregierung hier ein positives Zeichen setzt und keine Neuverschuldung plant.

Sehr dankbar können wir für die Entlastung der Kommunen bei den Kinderbetreuungskosten sein. Dem Konexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) wurde endlich, zumindest anteilig, Rechnung getragen. Die alte Landesregierung hatte die Finanzzuweisungen des Bundes für die Kleinkindbetreuung eingestrichen, ohne sie an die Kommunen weiterzugeben. Nun wird, ergänzt um einen entsprechenden Landesanteil, den Kommunen ein angemessener Kostenbeitrag zu teil.

1. Kinderbetreuung in Weingarten

Trotz der verbesserten Finanzzuweisung bleibt ein hoher Aufwand für die Kinderbetreuung im Gemeindehaushalt, der sozialisiert werden muss. So sind die jährlichen Aufwendungen seit dem Jahre 2008 um 1 Mio. € gestiegen.

Mit den Beitragserhöhungen, die den Gemeinderat nahezu das ganze Jahr 2011 beschäftigt haben, sollten lediglich 10 % dieser zusätzlichen Aufwendungen auf die Eltern übertragen werden. Aufgrund der neuen Kostenbeteiligung des Landes wurde diese Erhöhung zum 1.1.2012 auf ca. 6,5 % reduziert. Eine Mehrkindregelung wurde in der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats wieder beschlossen. Dadurch, dass die soziale Bedürftigkeit nicht geprüft wird, kommen alle Familien mit mehreren Kindern in den Betreuungseinrichtungen in den Genuss dieser Vergünstigung. Der gesetzlich festgelegte weitergehende Anspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind bis 2013 soll ab 2014 zu 68 % von Land und Bund finanziert werden.

Klar ist, dass wir die Eltern mit der Beitragserhöhung deutlich in die Pflicht genommen haben. Mit dem Neubau beim Kindergarten Forlenweg setzt die Gemeinde jedoch auch konsequent den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen fort.

Bei den Haushaltsberatungen war es unser Bestreben, eine gleichmäßige Lastenverteilung zu erreichen und die finanzielle Verantwortung möglichst auf alle Schultern zu verteilen.

2. Abkehr von der Schuldenpolitik unserer Gemeinde

Lassen Sie mich nochmals auf die oben erwähnte Pro-Kopf-Verschuldung eingehen. Die Kommunen tragen zwar den geringsten Anteil dazu bei, allerdings sind sie auch am nächsten und spürbarsten am Bürger dran. Ob der Müll abgeholt wird, ob Wasser aus dem Hahn fließt, ob die Kinder in der Kinderkrippe, dem Kindergarten, dem Schülerhort, in der Ganztagesbetreuung gut versorgt sind, ob Spiel- und Sporteinrichtungen geboten werden, ob wir in einem reizvollen und angenehmen Wohnumfeld uns wohlfühlen können, diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen, für all das trägt die Gemeinde Verantwortung. Die Aufwendungen werden nur zu einem geringen Anteil von Bund oder Land gefördert. Letztendlich zahlt der Bürger indirekt mit seiner Lohn- und Einkommenssteuer, mit seinem Konsum von Wirtschaftsgütern und vor allem mit den Gebühren, Abgaben und Steuern für seine Daseinsfürsorge. Unsere Aufgabe als Gemeinderat ist es, zusammen mit der Gemeindeverwaltung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst eine optimale Versorgung zu erreichen. Wir haben weder das Recht noch die Pflicht, das Maximale zu bieten, koste es, was es wolle. Unser Ziel ist es daher, nicht nur weg von der Neuverschuldung, sondern auch vom bestehenden Schuldenberg herunter zu kommen.

Alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen haben sich letztendlich zum Sparen durchgerungen und somit das Minimalziel eines Verwaltungshaushalt, der eine Mindestzuführung in Höhe von 155.000 € erzielt, erreicht. Es ist der CDU-Fraktion hoch anzurechnen, dass sie trotz gegenteiliger Presseveröffentlichungen zur Unzeit über ihren Schatten gesprungen ist und der für die Konsolidierung unerlässlichen Erhöhung der Grundsteuer B zustimmt.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen darauf gedrängt, dass neben dem Zins auch die Tilgung für bestehende Kredite vom Verwaltungshaushalt getragen wird. Es darf nicht sein, dass zur Deckung dieser Kosten neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Die damit verbundenen, für alle Bürger spürbaren Belastungen durch höhere Steuern und Gebühren sind Ausdruck einer Politik der Zukunftssicherung. Gleichzeitig konnte von einer Schließung des Walzbachbades bisher Abstand genommen werden. Unter dem Strich kann der Sparhaushalt ohne unverhältnismäßige Härten für die Bürger umgesetzt werden.

Gerade in Zeiten guter Konjunktur und einer florierenden Wirtschaft sollte eigentlich Spielraum zur Bildung von Rücklagen bestehen, um auch in schlechteren Zeiten notwendige Investitionen für die Gemeinde stemmen zu können. Das heißt dann auch durch antizyklisches Handeln mit Investitionen die Wirtschaft zu stabilisieren. Davon sind wir leider weit entfernt.

3. Verwaltung

Es ist immer eine Abwägung zwischen der Optimierung der Dienstleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger z. B. durch verlängerte Öffnungszeiten im Bürgerbüro und einer kostengünstigen Verwaltung. Wir möchten sicher den Bürgern einen guten Komfort bieten, es kann jedoch nicht ausbleiben, dass bei einem Sparhaushalt auch an dieser Stelle die Kosten auf den Prüfstand müssen. Durch eine pauschale Kürzung der Personalausgaben von 70.000 € lassen wir dem Bürgermeister die Handlungsfreiheit, zu prüfen, in welchen Bereichen in der Verwaltung am verträglichsten eingespart werden kann.

4. Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt ist trotz der Sparbemühungen eine Kreditaufnahme von knapp 1 Mio. € vorgesehen. Diese steht zum größten Teil im Zusammenhang mit den Erschließungsmaßnahmen für das Gewerbegebiet Sandfeld, die Baulandentwicklung im Gebiet Moorblick hinter dem Walzbachbad und Kirchberg-Mittelweg. Die Kreditaufnahme steht für uns unter dem Vorbehalt, dass mit dem Verkauf von Bauland aus diesen Gebieten zunächst eine Rückführung der Kreditaufnahme erfolgen muss. Dazu ist die Möglichkeit für Sondertilgungen einzuplanen. Die weiteren Finanzierungsabsichten, wie die TSV-Verlagerung mit der Schaffung von Außensportanlagen hinter dem Freibadgelände sind dahinter zurückzustellen.

5. Weitere Baugebiete

Die künftige Baulandentwicklung auf dem früheren Fvvgg-Platz und dem derzeitigen TSV-Gelände steht für uns erst an, wenn die weiteren Möglichkeiten der Innenentwicklung auf dem Weg sind und darüber hinaus weiterer Bedarf erkennbar ist. Das beschlossene Sanierungsgebiet Burgstraße/Paulusstraße ist der richtige Weg dafür. Die Innenentwicklung heißt für uns eine behutsame Nachverdichtung durch Bebauung in der

zweiten Reihe, Modernisierung und Erneuerung von vorhandenem Wohnraum, Vermeidung von Leerständen und der Verödung des Ortskerns entgegenzuwirken.

Das Baugebiet Kirchberg –Mittelweg halten wir in der geplanten Form nach wie vor für einen **Sündenfall**, sowohl hinsichtlich von Natur und Landschaft, als auch für unseren Haushalt. Natürlich haben wir die mehrheitlich gefassten Beschlüssen demokratisch zu akzeptieren, es wird allerdings die Aufgabe des Gemeinderats sein, die Kostenentwicklung sehr genau zu beobachten und sowohl im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, als auch der Gemeindefinanzen die Belastungen so gering wie möglich zu halten.

6. Gewerbegebiete:

Die Entwicklung im Sandfeld wird von uns mitgetragen, unser Vorrang für weitere Flächen besteht jedoch weiterhin auf der Reaktivierung von Gewerbebrachen entlang der Bahn und des Trautwein-Geländes, erst danach ist an weitere Gewerbeflächenausweisung in der freien Landschaft zu denken. Der von der SPD schon mehrfach vorgebrachte Vergleich mit der Gewerbegebietsausweisung in Stutensee und Graben-Neudorf hinkt. Dort sind ortsansässige Firmen, die einen Erweiterungsbedarf in großem Stil angemeldet haben, der ausschlaggebende Grund. In den letzten Jahren hat der Gemeinderat in Weingarten bewiesen, dass er sehr wohl in der Lage ist, solche Anforderungen wie bei den Firmen Kleiberit und Klocke, **zeitnah und sachgerecht** zu bedienen. Eine zu großzügige Vorratsausweisung und -erschließung angesichts der desolaten Haushaltslage führt nur zu **Notverkäufen an Kirchen und Garagenfirmen mit feudalen Wohnhäusern**. Zum vertraglich vorgegebenen Rückkauf von nicht veräußerten Grundstücken vom privaten Erschließungsträger mussten darüber hinaus Millionen Euro aufgewendet werden. Beim späteren Verkauf der Grundstücke an Bauwillige mussten dann noch weitere Zugeständnisse gemacht werden.

7. Mittelfristige Finanzplanung

Meine Damen und Herren, wenn wir die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde bis zum Jahr 2015 betrachten, steuern wir in eine Schuldenentwicklung, die den Handlungsspielraum gegen Null führen wird. Mit rund 20 Mio. € Gesamtverschuldung und einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2.000 € werden Zins und Tilgung uns erdrücken. Die Genehmigungsfähigkeit der künftigen Haushalte zu erreichen wird nicht einfach werden.

8. Doch wo kommt die prognostizierte Schuldenlast her

Zunächst wurden eine Reihe von Baugebieten erschlossen und die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen nicht vorrangig zur Deckung der aufwändigen Erschließungskosten verwendet. Die Grundstückserlöse wurden zum Ausgleich mangelnder Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt benötigt, um erforderliche Sanierungen z.B. in der Walzbachhalle zu finanzieren. Bei mangelhafter Unterhaltung entsteht ein Sanierungsstau und bei fehlenden Rücklagen tun sich Finanzierungslücken auf, die nur über Grundstücksverkäufe und Kredite abgedeckt werden konnten.

Fehlende Investitionen in die Wasserversorgung im Zuge der bisherigen Gemeindeentwicklung machen die Schaffung eines ausreichenden Hochbehältervolumens zur Trink- und Löschwasserversorgung unabweisbar. Der Ausbau des Leitungsnetzes geht mit der Aktualisierung der Wasserversorgung einher. Daher wird sich das Kreditvolumen im Wasserhaushalt nahezu verdreifachen. Durch deutlich höhere Wassergebühren wird der Bürger den Schuldenzuwachs direkt zu spüren bekommen.

Im Abwasserhaushalt stehen ebenfalls zum Teil schon überfällige Investitionen an. Der Schuldenzuwachs mit rund 2 Mio. € ist vor allem mit den Sanierungen des Kanalnetzes in der Burgstraße und im Bereich Schillerstraße/Höhefeldstraße verbunden.

9. Folgen des Wachstums

Bei einem weiteren Siedlungswachstum und entsprechenden Kanalerweiterungen stößt unsere Kläranlage an ihre Grenzen. Auch hier zeigt sich das Wachstum einer Gemeinde hat seinen Preis z.B. durch eine erforderlich werdende Kläranlagenerweiterung.

Es werden Kapazitätsgrenzen erreicht und weitere Investitionen stehen an. Die Folgekosten des Gemeindegewachstums werden sich weiter einstellen. Der demographische Wandel wird darüber hinaus geänderte Anforderungen an die Gemeindeentwicklung stellen. So wird barrierefreies Wohnen, Einrichtungen für Senioren, Schaffung von barrierefreiem Wohnraum im Ortszentrum, altersgerechte Nahversorgung,

künftig mehr in den Blickpunkt rücken. Die Bürger gehen heute immer gesünder in den Ruhestand, wie die steigende Lebenserwartung zeigt. Dieses wertvolle Potential an Aktivität kann durch ehrenamtliche Konzepte und zur Entwicklung von gemeinschaftlichen Selbsthilfestrukturen genutzt werden. Was unsere Senioren beitragen können zeigt sich auch in der Zusammensetzung des Gemeinderats, der mit einem Drittel Senioren besetzt ist.

10. Jugendfürsorge

Mit der Schulsozialarbeit, dem Streetwork und dem Jugendzentrum ist ein schlüssiges Netz geflochten, das neben der hervorragenden Jugendarbeit unserer vielen Vereine eine gute Betreuung der Jugend gewährleistet. Daher war es uns wichtig an diesem Punkt keine finanziellen Abstriche zu machen. Angesichts des gut funktionierenden Netzwerks und auch der **bestehenden vertraglichen Verpflichtungen** mit der AWO haben wir für die vehementen Einsparforderungen der CDU, zum Beispiel beim Jugendzentrum, **kein Verständnis**.

11. Bauhof

Der Bauhof ist zum 01.01.2012 zum Eigenbetrieb geworden. Wir haben diese Entscheidung mitgetragen. Die Entwicklung zum eigenständigen Dienstleistungsbetrieb für die Gemeinde trägt zu einer klaren Kostengliederung auch im Hinblick auf die Abgrenzung zum restlichen Haushalt bei. Die Unterhaltung und Neubeschaffung des Fuhrparks soll, durch das Belassen der Abschreibungen, die im Eigenbetrieb erwirtschaftet werden müssen, nachhaltig gesichert werden.

12. Forst

Unser Wald mit seinen vielfältigen Funktionen, neben der Holzproduktion, liegt uns und ich denke dem gesamten Gemeinderat besonders am Herzen. Wir wollen einen naturnahen Wald, der diesen weiteren Ansprüchen gerecht wird und nicht nur auf seine wirtschaftliche Funktion begrenzt wird. Unter dieser Prämisse muss aus unserer Sicht nicht der letzte Euro aus dem Wald herausgepresst werden. Mit unserem Gemeindeförster Michael Schmitt haben wir sicher den richtigen Fachmann für diese ganzheitliche Betrachtung. Wir erwarten, dass ihm der notwendige Spielraum dazu erhalten wird.

Mit einem Zitat von John F. Kennedy möchte ich zum Schluss kommen:

„Frage nicht was tut der Staat für mich, sondern was kannst Du für den Staat tun...“ – oder auf unseren Ort zugeschnitten:

Frage nicht was die Gemeinde für Dich tut, sondern was Du für unser Gemeinwesen tun kannst!

Unsere Hoffnung ist es, dass wir es durch gemeinsame Anstrengungen von Bürgern, Verwaltung und Kommunalpolitik schaffen, die Verschuldung im Kämmereihaushalt möglichst vollständig zurückzuführen. Unser Ziel ist eine Deckelung bis 2015 auf 15 Mio. € Gesamtverschuldung. Dabei wird die Kreditzunahme bei den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser mit unabweisbaren Investitionen auf ca. 14 Mio. € kaum zu vermeiden sein. Dieser Maximalschuldenstand muss in den Folgejahren durch Tilgungen zurückgeführt werden. Die prognostizierte Schuldenlast im Kämmereihaushalt von annähernd 6 Mio. € muss nach unserer Auffassung durch massive Schuldentilgung aus Einsparungen und Verkaufserlösen auf ca. 1 Mio. € zurückgeführt werden. Die wegfallende Zins- und Tilgungslast eröffnet Handlungsspielräume für die Gemeinde.

Bürgerschaftliches Engagement

Wir haben mit unserer **Steinbruchaktion** ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement gegeben. Viele Nachahmer sind natürlich ausdrücklich erwünscht. Jeder Bürger und jede Gruppierung kann sich fragen, wo kann ich mich für unser Gemeinwesen einbringen. Wir müssen davon wegkommen, dass jeder erst fragt bin ich zuständig oder auf andere deutet, die etwas tun sollen.

Ein gutes Beispiel sind unsere Grünanlagen. Wenn jeder, der sich über Unkraut in einem Beet beschwert statt zum Telefonhörer zur Hacke greifen würde, wäre der Pflegeaufwand für die Gemeinde leichter zu bewältigen und die Diskussionen, ob wir Grünanlagen mit Kieselsteinen beseitigen müssen, könnten getrost zurückgestellt werden.

Wir würden uns freuen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger zu Patenschaften für Grünanlagen entschließen könnten. Mit einem kleinen Arbeitsaufwand für den Einzelnen könnte einiges für das gesamte Wohnumfeld und somit auch für die Gemeinde getan werden.

Fünf Monate Haushaltsberatung finden mit dem heutigen Satzungsbeschluss nun Ihr Ende – es war ein harter, teilweise zäher Kampf um einzelne Positionen. Die WBB hätte in einigen Bereichen gerne das Konsolidierungsziel weiter forciert, erkennt jedoch in diesem Haushalt auch deutlich ihre Handschrift.

Die Fraktion der Weingartener Bürgerbewegung (WBB) stimmt daher der

- **Haushaltssatzung 2012**
- **dem Wirtschaftsplan der Wasserversorgung**
- **dem Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung sowie**
- **dem Wirtschaftsplan des neuen Eigenbetriebs „Bauhof“**

vollumfänglich zu.

Unser besonderer Dank geht an Bürgermeister Eric Bänziger für seine Informationspolitik und seinen offenen und fairen Umgang mit allen Fraktionen im Gemeinderat.

Danke auch an unseren Rechnungsamtsleiter Norbert Bittner für die umfangreiche Arbeit mit der Haushaltserstellung und die **geduldige** Beantwortung aller Fragen.

Unser weiterer Dank geht an die gesamte Verwaltung, den Bauhof, den Forstbetrieb, die Wasser- und Abwasserbetriebe und natürlich an alle **ehrenamtlich Tätigen** unserer Gemeinde.